

## **Zusammenhalt stärken: Flüchtlinge aufnehmen und integrieren – eine gesamtstaatliche Aufgabe in gemeinsamer Verantwortung**

Unterrichtung  
durch die Landesregierung

In Verbindung mit:

### **Früh und umfassend: Was Nordrhein-Westfalen jetzt für die Integration von Schutzsuchenden tun muss**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/11225

Entschließungsantrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/11299 – Neudruck

In Verbindung mit:

### **Gelingende Integration von Flüchtlingen. Ein Integrationsplan für NRW.**

Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/11229

Änderungsantrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/11318

In Verbindung mit:

### **70 Jahre Landeszentrale für politische Bildung: Wir brauchen jetzt mehr politische Bildung für alle**

Antrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/11218

**André Kuper** (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sie, meine Damen und Herren von den regierungstragenden Fraktionen, legen heute hier einen groß angekündigten Antrag vor. Sie nennen ihn „Integrationsplan“, „einzigartig in Deutschland“ und „fortschrittlich“; so meinen Sie. Das mag vielleicht von der Überschrift her so sein. Andere Länder benennen es bescheidener, haben ihre Integrationskonzepte oder Maßnahmenpakete aber zum Teil schon länger als ein halbes Jahr fertig und sind in der Umsetzung, sodass Gesetze sogar endgültig beschlossen sind. Das heißt, sehr geehrte Damen und Herren der Landesregierung und von SPD und Grünen: Sie sind wieder einmal spät dran.

Wenn man nach dem Warum fragt, hat man schnell eine Erklärung. Sie haben die Integration nämlich deshalb so lange vernachlässigt, weil Sie immer noch damit beschäftigt sind, Ihr Organisationsversagen bei der temporären Erstaufnahme der Flüchtlinge zu beseitigen und aus dem Notfallmodus herauszukommen.

Zum Beispiel ließen Sie die Flüchtlinge im letzten Jahr zuerst in völlig überlastete Erstaufnahmeeinrichtungen in Dortmund und Bielefeld bringen, holten sich dann die fehlenden Landesplätze per Ordnungsverfügung von den Kommunen, verteilten die Flüchtlinge monatelang ohne jede Ersterfassung in Notunterkünften und bauten dann Registrierungsstraßen zur Nachregistrierung auf, die wiederum nach Monaten durch sogenannte Ankunftszentren verdrängt wurden. Nun planen Sie ab dem Sommer eine Landeserstaufnahme in Bochum, die wieder nur vorregistriert. Sie haben weiterhin

mehrere 10.000 Plätze in Notunterkünften der Kommunen und kommen mit dem Ausbau Ihrer eigenen Einrichtungen nur schleppend voran.

Weiterhin versemeln Sie eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge im Land. Einige Kommunen erfüllen ihre Aufnahmequote nur zu 59 %, während andere zum Beispiel bei 115 % sind und damit deutlich über 100 % liegen.

Last, but not least: Während Sie beim FlüAG nach außen eine einheitliche Kostenerstattung von 10.000 € je Flüchtling vermarkten, wird aufgrund Ihrer zu 90 % pauschalen Verteilung nach Einwohnern eine nicht zu akzeptierende ungerechte Verteilung an die Kommunen bewirkt. So beträgt bei Ihrer Kostenerstattung je Flüchtling beispielsweise die Spreizung im Kreis Soest zwischen 5.500 € und 77.000 €. Wenn das für Sie Verteilungsgerechtigkeit ist, dann spricht das Bände.

Meine Damen und Herren, solange kein vernünftiges Aufnahmeverfahren besteht und solange Tausende kommunaler Unterbringungsplätze vom Land belegt werden, wird es für unsere Kommunen schwierig werden, sich endlich vollends und ganz auf die Daueraufgabe der Integration der hier bleibenden Menschen zu konzentrieren.

Es gilt, zu bedenken, dass unsere Kommunen – wie bei vielen anderen gesellschaftlichen Aufgaben – aufgrund ihrer Bürgernähe die Handlungsebene sind, auf der Integration vor allem stattfindet.

Deshalb gilt es, für die Zukunft zwei zentrale Handlungsfelder der kommunalen Integrationsarbeit zu definieren.

Das erste Handlungsfeld sind die Integrationsmaßnahmen, welche die Kommunalverwaltungen selbst erbringen.

Das zweite und mindestens genauso bedeutende, wenn nicht noch entscheidendere Handlungsfeld ist die Aktivierung und Koordinierung von Bürgerschaft, Wirtschaft und Ehrenamt für die Integration. Integration ist das A und O des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Dabei ist die Frage, wie die Gesellschaft funktioniert und der Zusammenhalt auch in Zukunft gesichert werden kann, von zentraler Bedeutung.

Gleichzeitig geben Entwicklungen wie die Ereignisse der Silvesternacht in Köln aber auch Anlass zur Sorge. Die Auswirkungen solcher Vorkommnisse für unsere Ansprüche an Integration müssen intensiv diskutiert werden. Wir brauchen eine deutlich stärkere Auseinandersetzung über das, was Integration leisten kann, und das, was Integration auch verlangen kann.

Dabei geht es um das eben angesprochene Fördern und Fordern in Richtung der Zuwanderer, sich als Teil einer Wertegemeinschaft zu begreifen und auch einen Willen zur Teilhabe zu entwickeln. Fundamente sind die Werte unseres Grundgesetzes, aber auch die Anerkennung der spezifischen kulturellen Aspekte unseres Landes wie zum Beispiel Verständnis und Respekt vor der leidvollen deutschen Geschichte und daraus resultierender Verantwortung.

Meine Damen und Herren, wir haben aber auch viele Punkte der Einigkeit. Wo sind wir uns beispielsweise einig?

Die Integration anerkannter Flüchtlinge und Asylsuchender mit guter Bleibeperspektive ist eine der großen Herausforderungen der Landespolitik der nächsten Jahre. Darin sind wir uns alle einig. Wir müssen heute die Weichen für eine vorausschauende Integrationspolitik stellen. Das ist Aufgabe aller staatlichen Ebenen.

Eine erfolgreiche Eingliederung in unsere Gesellschaft ist unerlässlich für den Erhalt des sozialen Friedens im Land.

Schaffen wir es, Flüchtlingskinder und Heranwachsende gut auszubilden und möglichst viele Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt zu integrieren, sinken zudem die Folgekosten.

Die Schlüssel sind Sprache, Bildung und Arbeit sowie die gemeinsamen Wertegrundlagen unseres Zusammenlebens.

Sie haben zuvor medial und auch heute hier noch einmal eine Einladung zum Konsens ausgesprochen. Konsens in der Integrationspolitik hat in unserem Land Tradition.

Das ist auch gut so. Die Integrationsoffensive des Jahres 2001 haben wir gemeinsam getragen. Auch danach wurde das Thema aus dem Wahlkampf herausgehalten. Aus unserer Sicht, aus meiner Sicht war das gut für unser Land.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen ein anderes Klima als in anderen Bundesländern. Pegida existiert bei uns quasi kaum noch. Die AfD war bei der Europawahl schwächer als anderswo. Die AfD ist in Umfragen nicht auf dem Niveau anderer Länder. Meine Damen und Herren, das gilt es zu bewahren. Deshalb ist es auch richtig, sich der AfD zu stellen und die aktive Auseinandersetzung zu suchen.

Zugleich muss der Eindruck der letzten Monate, dass ein gemeinsames Vorgehen seitens Grün-Rot in NRW nicht gewollt ist, auch nicht in der Integrationspolitik, beseitigt werden. Ist das von Ihnen also jetzt ein ernsthaftes Angebot oder nur ein taktischer Schachzug?

Bei uns lösen Ihre Maßnahmen Zweifel aus. Ein großer Plan für NRW wird von langer Hand vorbereitet, eingebracht und heute medial verkauft. Eine Einladung an die Opposition wird hier und heute erst nachgeschoben. Ist das parlamentarische Zusammenarbeit und Gemeinsamkeit?

Auch in der Integrationspolitik bewegen Sie sich eigentlich nur, wenn eine Krise Sie dazu zwingt.

Das erste Beispiel: Den Flüchtlingsgipfel gab es erst nach den Geschehnissen in Burbach.

Das zweite Beispiel: die Unterrichtung und der Antrag nach der Silvesternacht in Köln – übrigens wieder ein Versagen des Innenministers. Wieder sind Menschen Opfer von Straftaten geworden. Wieder schaut die Welt auf Nordrhein-Westfalen. Wieder ist der Ruf des Landes in Mitleidenschaft geraten. Da kommen Sie dann mit Ihrer Unterrichtung aus der Versenkung.

Diese Methode „Kraft“ ist nicht das, was wir uns planvoll, vorausschauend und visionär vorstellen, sondern das ist eher kraftlos.

Meine Damen und Herren, wer wirklich etwas voranbringen will, wer gestalten will, läuft nicht hinterher oder wartet, bis ihn die Ereignisse einholen, sondern weiß, was er in diesem Land vorhat und wie er diese Ziele erreichen will.

Wir haben seit dem ersten Flüchtlingsgipfel in 30 Anträgen und Positionspapieren dargelegt, wie Nordrhein-Westfalen mit dem Zuzug von Flüchtlingen umgehen muss, damit wir den Menschen gerecht werden und zugleich als Land davon profitieren können.

Jedes dieser Dokumente war ein Angebot, dass unser Land wieder zum Integrationsland Nummer eins wird.

Und wie sind Sie damit umgegangen? Das Schema war immer gleich: Empörung, Ablehnung und mit zeitlichem Abstand Übernahme unter eigenem Siegel als eigener Vorschlag – so auch jetzt aktuell in Ihrem Integrationsplan nachzulesen.

Mit dem von uns zur heutigen Sitzung eingebrachten Antrag legen wir Ihnen zur Erinnerung noch einmal ein Kondensat dieser Überzeugungen vor. Kollegin Güler wird später noch darauf eingehen.

Nicht einig sind wir uns bisher auch bei Ihren Prioritätensetzungen. Wir meinen, dass insbesondere die Finanzierung und Entlastung der Kommunen eine Rolle spielen muss und es auch einer entsprechenden Umsetzung des Asylpakets bedarf.

Worauf werden wir achten? Erstens darauf, wie die Prioritäten bei Ihnen jetzt gesetzt werden – nämlich auf das Wichtige statt auf alles Mögliche.

Zweitens werden wir den Fokus auf die Landespolitik legen. Wenn sich jede zweite Forderung nur an den Bund richtet, stimmt die Gewichtung nicht.

Das Wichtigste im dritten Punkt wird das Ziel der Entlastung der Kommunen sein, weil die Integration vor Ort gelingen muss.

Meine Damen und Herren, wie ich schon angedeutet habe, sind wir offen für Gespräche. Für die CDU-Fraktion ist bei aller Lust am politischen Wettbewerb der Konsens in der Integrationspolitik ein hohes Gut.

Wenn Sie, meine Damen und Herren von den regierungstragenden Fraktionen, in diese Richtung wollen, verschließen wir uns nicht. Aber die Formulierung eines Integrationsplanes muss ein gemeinsamer Arbeitsprozess sein. Wir erwarten das klare Bekenntnis, zu gemeinsamen Lösungen kommen zu wollen. Unter diesen Voraussetzungen stehen wir für ernsthafte, an der Sache orientierte Beratung in den Fachgremien zur Verfügung. Im Ergebnis werden wir Sie allein an Ihren Taten messen und nicht an Ihren Worten. – Danke schön.